

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
BAUEN, STADTENTWICKLUNG
UND ORDNUNG**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 13. BSO 2014-2020 Sitzungsdatum: 11.02.2016 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 11.02.2016

Unter dem Vorsitz von Fred Fröschchen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2015
2. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 4 GeschO vom
06.08.2015
4. Erweiterungen zur Tagesordnung
5. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

6. Vergabe – Sanierung WC-Anlagen Realschule
7. Anmietung von Schulcontainern für die Gemeinschaftshauptschule Übach-Palenberg
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien
Herr Tim Böven

UWG
SPD

Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	als Vertreter für sachkundigen Bürger Bröhl
Herr Walter Junker	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Görtz
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Günter Weinen CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Claudia Burghardt	SPD	als persönliche Vertreterin für sachkundigen Einwohner Ehmig
Frau Carla Glashagen	parteilos	
Herr Sebastian Schröter	CDU	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken parteilos

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Technischer Angestellter Achim Engels
Herr Stadtamtsrat Dieter Gudehus
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführer

Herr Stadtinspektor Kevin Hermanns

Ausschussvorsitzender F. Fröschen begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die **FDP-USPD-Fraktion** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2015

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 03.12.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Die **Verwaltung** stellte eine Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, ein vereinfachtes Verfahren grundsätzlich zu befürworten. Jedoch hätte man sich intensiver mit der Parkplatzsituation bspw. durch Analyse der Nutzergruppen beschäftigen müssen. Stadtverordneter **Weißborn** verlautete, dass er sich als Stadtverordneter gegen den Standort des geplanten Gebäudes aufgrund der wegfallenden Parkflächen ausspreche.

Die **CDU-Fraktion** erläuterte, die Planungen der Verwaltung zu befürworten, und führte dazu aus, dass die Parkflächen wie in der Sitzungsvorlage und der Präsentation dargestellt kompensiert werden.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 75 – Rathausplatz – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.

Umfang der Änderungen:

Ausweisung eines Kerngebietes (MK)
Ausweisung einer Baufläche zur Errichtung eines Boardinghouses/Appartementhauses
Festsetzung der erforderlichen Art und des Maßes der baulichen Nutzung

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gemäß § 13 Abs. 2

**BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
Abstimmungsergebnis:**

Zu 1.: 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Zu 2.: 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Zu 3.: Einstimmig.

**3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 4 GeschO vom
06.08.2015**

Die **Verwaltung** erklärte, dass derzeit der Wirkstoff Glyphosat seitens der Stadt aufgrund der fehlenden Genehmigung nicht benutzt werde. Sie riet davon ab, einen Appell zur Unterlassung der Nutzung an die Öffentlichkeit zu richten, da damit das Risiko einhergehe, dass Hersteller- oder Vertriebsfirmen, Unterlassungsklagen oder gar Schadensersatzansprüche gegen die Stadt richten bzw. geltend machen können.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, dass grundsätzlich ein Konsens darüber bestehe, dass keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden sollen, die den Bürgerinnen und Bürgern gesundheitlichen Schaden zufügen können. Er sagte zu, dass der Wirkstoff Glyphosat nicht eingesetzt werde, ohne zuvor in den politischen Gremien darüber beraten und entschieden zu haben.

Die **UWG-Fraktion** erklärte, dass sie den Antrag grundsätzlich positiv werte, jedoch dazu eine rechtssichere Beschlussformulierung gefunden werden müsse.

Nach Beratung wurde fraktionsübergreifend der Beschlussvorschlag formuliert.

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg beachtet bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln die geltende Rechtslage. Darüber hinaus wird im Falle, dass sich die Rechtslage ändert und der Einsatz des Wirkstoffes Glyphosat der Stadt gestattet wird, der Rat vor einem Einsatz des Wirkstoffes Glyphosat darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

5 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Berichte und Mitteilungen der Verwaltung vor.

Anfragen

Anfragen der FDP-USPD-Fraktion:

Die **FDP-USPD-Fraktion** berichtete, dass die Städteregion Aachen im Rahmen des vorbeugenden Katastrophenschutzes die Verteilung und Ausgabe von Jodtabletten organisiere, und erkundigte sich, ob örtlich in Übach-Palenberg ähnliche Präventionsmaßnahmen geplant seien.

Die **Verwaltung** wies auf die Zuständigkeit des Kreises Heinsberg in Angelegenheiten des Katastrophenschutzes hin und erklärte, dass eine entsprechende Anfrage an den Kreis gestellt werde.

Die **FDP-USPD-Fraktion** erklärte, dass sich die zweite Anfrage erübrigt habe.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen schloss um 17.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Ausschussvorsitzender F. Fröschen** um 17.50 Uhr die Sitzung.

Fred Fröschen
Ausschussvorsitzender

Kevin Hermanns
Schriftführer